

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

- 18. WP -

47. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Oktober 2013, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 342 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Daniel Günther (CDU)	i. V. Hans Hinrich Neve
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
<a href="#">Drucksache 18/555</a>	
<b>2. a) Bericht der Landesregierung zum Sondervermögen Hochschulsanierung</b>	<b>7</b>
Berichts Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/1820</a>	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung</b>	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1155</a>	
<b>c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“</b>	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1156</a>	
<b>d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen</b>	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1157</a>	
<b>3. Einwilligung zur Einrichtung einer neuen Planstelle der BesGr. W 3 bei der Universität Kiel gem. § 13 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltsgesetz 2013</b>	<b>9</b>
Vorlage des Wissenschaftsministeriums <a href="#">Umdruck 18/1749</a>	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU <a href="#">Drucksache 18/1125</a>	

<b>5. Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes</b>	11
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1151</a>	
<b>6. Sachstandsbericht der Staatskanzlei zum Projekt KoPers</b>	12
<b>7. Sitzungstermine des Finanzausschusses 2014</b>	14
<b>8. Information/Kenntnisnahme</b>	15
<b>9. Verschiedenes</b>	16
<b>10. Verkauf der HSH Real Estate GmbH</b>	

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**

[Drucksache 18/555](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** sowie alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Stellungnahme der Landesregierung

[Umdruck 18/1469](#)

Herr Dr. Weichert, Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein, bedauert, dass die Finanzverwaltung dem Auskunftsanspruch bezüglich der eigenen Steuerakte (Textziffer 4.8.1 des Tätigkeitsberichts) immer noch nicht nachkomme, der auch im laufenden Besteuerungsverfahren gelte, sich aus dem Grundgesetz, dem Datenschutzgesetz und dem Informationszugangsgesetz ergebe und gerichtlich bestätigt worden sei. Die Vergabe des europäischen Datenschutz-Gütesiegels (9.3) habe man aus Kostengründen an eine private Firma abgegeben, die das Verfahren in der gleichen Qualität fortführen werde. Den Vertrag mit der Firma, in dem auch die Möglichkeit enthalten sei, die Aufgabe zurückzuholen, falls in der Zukunft eine gesetzliche Aufgabe für die Aufsichtsbehörde entstehen sollte, werde er dem Finanzausschuss als vertraulichen Umdruck zur Verfügung stellen. Den auf Projektstellen geführten Mitarbeitern werde eine Beschäftigung beim neuen Anbieter angeboten.

Herr Drögemüller, Referatsleiter in der Steuerabteilung des Finanzministeriums, teilt mit, dass es zwischen den Bundesministerien bisher keinen Konsens über eine Änderung der Abgabenordnung gebe. Die vom Land praktizierte Verwaltungsregelung, die grundgesetzlich geschützte Interessen nach Maßgabe des Bundesverfassungsurteils aus dem Jahr 2008 berücksichtige, bilde eine brauchbare Arbeits- und Handlungsgrundlage für die Finanzämter.

Herr Dr. Weichert fordert eine politische und administrative Lösung, die rechtskonform sei und den Interessen der Betroffenen gerecht werde. Die Rechtsverweigerung vonseiten der Finanzverwaltung sei nicht länger hinzunehmen.

Auf eine Frage von Abg. Koch zu KoPers (4.1.6) antwortet CIO Thomsen, prioritäres Ziel sei es, eine integrale Datenverarbeitung sicherzustellen. Inwieweit dafür eine (qualifizierte) elektronische Signatur ein angemessenes Mittel sei, prüfe man. Im Frühjahr 2014 werde das Datenschutz-Audit durchgeführt.

Der Finanzausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht des ULD, [Drucksache 18/555](#), und die dazugehörige Stellungnahme der Landesregierung, [Umdruck 18/1469](#), zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Bericht der Landesregierung zum Sondervermögen Hochschulsanierung**

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1820](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1155](#)

**c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1156](#)

**d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1157](#)

(überwiesen am 25. September 2013 an den **Finanzausschuss** und an alle weiteren Landtagsausschüsse)

Herr Fischer, Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, berichtet über den Sanierungsbedarf der schleswig-holsteinischen Hochschulen, der allein bei der CAU ein Volumen von über 150 Millionen € ausmache. Priorität hätten der Bau des Juridicums (10 Millionen €), die Sanierung der Angerbauten (5 Millionen €), der Neubau Tierhaltung (15 Millionen €) und die Technische Fakultät. Außerdem gehe es um die Sanierung der Zahnmedizin (Lehre). An der Universität Lübeck gebe es Sanierungsbedarf vor allem bei den vorklinischen Instituten und dem Zentrum für medizinische Zell- und Strukturbiologie. Der Sanierungsbedarf bei den Fachhochschulen Lübeck und Flensburg sei überschaubar. An allen

Hochschulen steige die Raumnot aufgrund zunehmender Studierendenzahlen, die sich langfristig etwa auf dem Niveau von 2012 einpendelten. In diesem Jahr seien bisher 120.000 € an Planungskosten angefallen.

Der Finanzausschuss bittet das Wissenschaftsministerium um einen schriftlichen Bericht über die geplanten Maßnahmen (Kosten, Finanzierung, Umsetzungszeitpunkt, Prioritätenliste).

Herr Losse-Müller, Staatssekretär im Finanzministerium, beziffert den Sanierungsbedarf bei den schleswig-holsteinischen Hochschulen landesweit auf 200 Millionen €. Vor dem Hintergrund der begrenzten Haushaltsmittel hebt er die Bedeutung des Sondervermögens Hochschulsanierung hervor, mit dem man eine größere Flexibilität habe.

Abg. Winter bittet darum, die Beschlussfassung über die drei Gesetzentwürfe bis nach der Steuerschätzung zurückzustellen.

Nach Auffassung der Oppositionsfraktionen passen die Ausführungen der Koalitionsfraktionen in der ersten Lesung nicht zu einer Vertagung der Beschlussfassung über die Gesetzentwürfe.

Abg. Koch sieht keinen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Zensus und Steuerschätzung und macht darauf aufmerksam, dass die Fraktionen zwischen Steuerschätzung und Gesetzesverabschiedung noch Zeit zur Meinungsbildung haben müssten.

Die drei Gesetzentwürfe sollen am 14. November 2013 (und gegebenenfalls am 21. November 2013) im Ausschuss und in der November-Tagung im Landtag behandelt werden.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Einwilligung zur Einrichtung einer neuen Planstelle der BesGr. W 3 bei der Universität Kiel gem. § 13 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltsgesetz 2013**

Vorlage des Wissenschaftsministeriums

[Umdruck 18/1749](#)

Einstimmig willigt der Ausschuss in die mit [Umdruck 18/1749](#) beantragte Einrichtung einer W-3-Planstelle mit der Maßgabe ein, dass bei der CAU 2020 eine andere W-3-Professur wegfällt.

Abg. Schmidt bittet das Wissenschaftsministerium um einen schriftlichen Bericht über die Verwendung der Mittel des Exzellenz- und Strukturbudgets.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes  
Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/1125](#)

(überwiesen am 25. September 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**,  
Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss und Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss beschließt, sich der geplanten Anhörung anzuschließen und das Finanzministerium zu bitten, zu den Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die Spielbanken Stellung zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1151](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

Abg. Schmidt unterstreicht die Intention des Gesetzentwurfs, die langfristige Finanzierung des Landesfeuerwehrverbandes - unabhängig von Einnahmeschwankungen - zu sichern.

Abg. Winter schlägt vor, dass man die Zeit bis zum Ablauf der bestehenden Regelung Ende 2014 für die Diskussion nutze, Einnahme-Koppelungsgeschäfte vermeide und ein Gespräch mit dem Landesfeuerwehrverband führe.

Herr Schlütz, Leiter des Referats Glücksspielwesen im Innenministerium, macht darauf aufmerksam, dass die Einnahmen aus dem Zahlenlotto 6 aus 49 seit Jahren rückläufig seien (2011 weniger als 35 Millionen €, 2012 31 Millionen€) und dem Anliegen der Piratenfraktion durch eine Änderung von § 34 des Glücksspielgesetzes Genüge getan werde.

Abg. Schmidt bittet die Landesregierung, die Entwicklung der Lotto-Einnahmen und den Mittelfluss 2013 an den Landesfeuerwehrverband darzustellen.

Abg. Harms bittet die Landesregierung darzulegen, inwieweit eine Stärkung des Landesfeuerwehrverbands zulasten anderer Bereiche ginge.

Der Finanzausschuss vereinbart, Anfang 2014 ein Gespräch mit dem Landesfeuerwehrverband zu führen und die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf bis dahin zurückzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Sachstandsbericht der Staatskanzlei zum Projekt KoPers**

[Umdrucke 18/1750, 18/1776](#)

Herr Dr. Büchmann, Beauftragter der Landesregierung für Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung, trägt unter Hinweis auf die Ausführungen in der letzten Ausschusssitzung, den Bericht [Umdruck 18/1776](#) und das Gutachten [Umdruck 18/1750](#) kurz den Sachstand vor. Die entwickelten Test-, Abnahme- und Simulationsverfahren und die in Arbeit befindliche Auffanglösung (Parallelbetrieb von PERMIS-A) erhöhten die Wahrscheinlichkeit, dass man im Dialogbetrieb vertretbare Ergebnisse erzielen und die Mängelquote gering sein werde. Zur Reorganisation der Personalverwaltung werde man zur Kabinettsitzung am 29. Oktober 2013 einen mit den Ministerien vorbesprochenen Richtlinienplan vorlegen. Die eigentliche Auseinandersetzung mit den Ministerien über die Frage der Zentralisierung der Personalverwaltung stehe noch bevor. Neben der Kritik an der Projektorganisation und am Prozessmanagement bestätige der Gutachter, dass die Software grundsätzlich geeignet sei. Die zentralen Empfehlungen des Gutachters habe man aufgenommen und mittlerweile ein funktionierendes Projekt und eine funktionierende Arbeitsweise installiert.

Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung darum, ihm das Reorganisationskonzept nach der Kabinettsbefassung zuzuleiten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Höhn, Leiter des Projekts KoPers, die Qualitätssicherung erfolge durch Abnahmetests begleitet durch Simulationsbetriebe. Es sei nicht auszuschließen, dass die Einführung des neuen Verfahrens temporär zu einem personellen Mehrbedarf führe. Die Rollout-Fähigkeit des integrierten Personalverwaltungssystems sei vonseiten der Software sei zum 1. Januar 2015 gegeben. Um den vielfältigen Wechselbeziehungen der komplexen Prozesse Rechnung zu tragen, werde man den Empfehlungen des Gutachtens folgen und die Reorganisation als eigenständiges Projekt mit eigener Projektleitung unterhalb der Gesamtprojektleitung verfolgen. Die originär auf den Verzug zurückzuführenden Mehrkosten betrügen 9,2 Millionen €. Darüber hinaus seien weitere Mehrkosten absehbar.

Abg. Harms weist darauf hin, dass man die Fehlerquote im Dialogbetrieb an der Höhe der Fehlerquote des derzeitigen Systems messen müsse.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, wiederholt die Kritik des Rechnungshofs am bisherigen Verlauf des Reformprozesses, betont die Bedeutung eines wirksamen integrierten Personalmanagement- und Informationssystems und warnt davor, „noch mehr Geld zu verbrennen“.

Der Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht [Umdruck 18/1776](#) zur Kenntnis und erwartet im ersten Quartal 2014 den nächsten Bericht.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Sitzungstermine des Finanzausschusses 2014**

[Umdruck 18/1739](#)

Nächste Sitzungen:

- 30. und 31. Oktober, 6. und 7. November: Haushaltsberatungen
  
- 14. November:  
10 Uhr Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung (Voten zu den LRH-Bemerkungen 2013),  
11 Uhr Finanzausschuss (Steuerschätzung)
  
- 21. November: 13 Uhr Finanzausschuss (Nachschiebeliste)
  
- 28. November: 10 Uhr Finanzausschuss
  
- 5. Dezember:  
10 Uhr Finanzausschuss (Beschlussfassung Haushalt)  
12 Uhr Beteiligungsausschuss (HSH)

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

[Umdruck 18/1748](#) - Umsetzung des Konsolidierungsprogramms

[Umdruck 18/1751](#) - Bericht Stabilitätsrat

[Umdruck 18/1752](#) - einheitliche Leistungsbeschreibungen

[Umdruck 18/1767](#) - Ergebnisse Altenparlament

[Umdruck 18/1772](#) - Konsolidierungshilfen

[Umdruck 18/1773](#) - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2013

[Umdruck 18/1774](#) - Jahresbericht 2012 „Kredite, Finanzderivate, Schulden“

[Umdruck 18/1775](#) - Änderung Landeshaushaltsordnung

Der Ausschuss nimmt die angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

- a) Der erste Teil der Antworten der Landesregierung auf die Haushaltsfragen soll am 25. Oktober 2013 verteilt werden.
  
- b) Der Vorsitzende erinnert die Fraktionen daran, zum FDP-Antrag „Einführung von Generationenbilanzen“ ([Drucksache 18/1048](#)) Anzuhörende zu benennen.



Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Verkauf der HSH Real Estate GmbH**

Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1823](#)

Finanzstaatssekretär Losse-Müller berichtet, der Verkauf der HSH Real Estate GmbH sei bereits 2009 beschlossen worden und sei auch eine Auflage der EU bei der Genehmigung der ersten Beihilfe gewesen. Nachdem wesentliche Teile bereits verkauft worden seien, gehe es bei dem jetzt in Rede stehenden Verkauf um den Teil an Fonds und Beteiligungen, die nach mehreren Markterkundungsverfahren nicht verkäuflich gewesen seien.

Hinter dem Kaufpreis von 1 € würden sich verschiedene Zahlungsströme und Risiken verbergen. Nach dem Management-Buy-out übernehme der neue Manager die Verantwortung für das neue Geschäft; es gebe innerhalb der Transaktionen eine Reihe von Vertragsbeziehungen zwischen der HSH und der neuen Institution.

Der Verkauf sei Teil des operativen Geschäfts und des Abbaus von Assets der Bank von ursprünglich 210 Milliarden auf mittlerweile 120 Milliarden €; nicht über jedes Geschäft werde im Beteiligungsausschuss berichtet werden können. Dem in Rede stehenden Geschäft habe das Land als Gesellschafter am 28. Mai 2013 zugestimmt, der Aufsichtsrat sei im April 2013 beteiligt gewesen. Der Staatssekretär wiederholt die Zusage, den Beteiligungsausschuss über Transaktionen von besonderem Medieninteresse zeitnah zu informieren.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer